



Czernin Verlag

Pressekonferenz

Carsten Frerk / Christoph Baumgarten
GOTTES WERK UND UNSER BEITRAG
Kirchenfinanzierung in Österreich

Datum: 10. September 2012, 10.00 Uhr
Ort: Presseclub Concordia, Bankgasse 8, 1010 Wien

Teilnehmer:

Carsten Frerk und Christoph Baumgarten (Autoren)
Niko Alm (Sprecher der Initiative gegen Kirchenprivilegien)
Daniela Musiol (Nationalrätin, Die Grünen, Sprecherin für Familien-, Demokratiepoltik und Verfassung)

„Gottes Werk und unser Beitrag“ ist das erste Kompendium, das sich der Kirchenfinanzierung in Österreich systematisch widmet. Die beiden Autoren, ausgewiesene Spezialisten zum Thema, haben Informationen zusammengetragen und gebündelt. Zeitgleich zum Volksbegehren gegen Kirchenprivilegien in Österreich legen sie nun das Standardwerk mit vielen neuen Details und Zusammenhängen vor – für alle kritischen Leserinnen und Leser in Sachen Kirche und Staat.

Rückfragehinweis: **Czernin Verlag:** Valerie Besl
valerie.besl@vielseitig.co.at, +43-664-8339266
www.czernin-verlag.com

Volksbegehren gegen Kirchen-Privilegien: Jakob Purkarthofer
info@purkarthofer-pr.at, +43-664-4121491
www.kirchen-privilegien.at

Kirchenfinanzierung in Österreich

Neues Buch zeigt: 3,8 Milliarden Euro Steuergeld für das System Kirche – pro Jahr

Autoren: Katholische Kirche ist größtenteils steuerfinanziert

Österreichs Religionsgemeinschaften hängen stärker am Steuertropf als bisher selbst KirchenkritikerInnen vermutet haben. Das betrifft vor allem die katholische Kirche. Zu diesem Schluss kommt das Buch „Gottes Werk und unser Beitrag“, das der Czernin Verlag heute gemeinsam mit den Autoren Carsten Frerk und Christoph Baumgarten präsentiert. Es ist die bisher erste systematische Untersuchung öffentlicher Kirchenfinanzierung in Österreich. Der Betrag versetzt selbst Religions- und KirchenkritikerInnen ins Staunen. „Mit so viel haben wir nicht gerechnet“, kommentiert Niko Alm, Vorsitzender des Zentralrats der Konfessionsfreien und Mitinitiator des Volksbegehrens gegen Kirchenprivilegien die Ergebnisse des Buchs „Gottes Werk und unser Beitrag“ im Czernin Verlag. Laut dieser ersten systematischen Analyse fließen jährlich 3,8 Milliarden Euro pro Jahr in das System Kirche. Der Großteil geht an die katholische Kirche.

„Das umfasst einen sehr breiten Bereich“, erklärt Autor und hpd-Chefredakteur Carsten Frerk, in Deutschland seit Jahren anerkannter Experte für Kirchenfinanzen. „Wir haben alles untersucht, was landläufig den Religionsgemeinschaften zugeschrieben wird, beziehungsweise was sie sich selbst als Leistung für die Allgemeinheit an die Fahnen heften.“ Das umfasse die oft strapazierte Denkmalpflege genauso wie die konfessionellen Privatschulen oder Ordensspitäler. Fazit: „Es gibt keinen Bereich, in dem die katholische oder die evangelische Kirche einen Großteil der Kosten trägt. Vieles davon ist zu praktisch 100 Prozent steuerfinanziert.“ Die anderen Religionsgemeinschaften spielten so gut wie keine Rolle.

Eine Milliarde für konfessionelle Bildungseinrichtungen

Einen großen Brocken mache der Bildungsbereich aus, erklärt Co-Autor Christoph Baumgarten. „Konfessionelle Bildungseinrichtungen und der konfessionelle Religionsunterricht kosten jährlich etwa eine Milliarde Euro – mindestens. Das ist mehr als doppelt so viel, wie die katholische und die evangelische Kirche gesamt an Kirchenbeitrag lukrieren.“ Weitgehend transparent seien nur die Kosten für LehrerInnen an konfessionellen Privatschulen und ReligionslehrerInnen, die das Unterrichtsministerium übernehme. „Daneben laufen Subventionen für Renovierungen, für Aus- und Neubauten auf Bundes- und Landesebene. Von den Gemeinden gibt es häufig noch Geld für Schulprojekte oder Schullotsenprogramme. Das alles ist leider kaum systematisch zu erheben, weil nur wenige

Länder und Gemeinden ihre Budgets so transparent aufschlüsseln, dass man das nachvollziehen kann.“

Öffentliche Hand nicht an Kontrolle interessiert

Außerdem interessiert sich die öffentliche Hand generell nicht, mit wie viel Geld sie die Religionsgemeinschaften finanziert: „Das Wissenschaftsministerium weiß nicht einmal, wie viel die katholisch-theologischen Fakultäten an den Unis kosten. Die sind zwar steuerfinanziert, unterstehen aber direkt dem Heiligen Stuhl.“ Das gleiche gelte für die evangelisch-theologische Fakultät in Wien. „Es stellt sich auch die Frage, inwiefern das eine Leistung im öffentlichen Interesse ist. Bei den Privatschulen sind Religionsgemeinschaften vom Gesetz her krass bevorzugt, haben aber volle Kontrolle übers Personal und verweigern SchülerInnen fundamentale Rechte wie das auf Religionsfreiheit.“ So dürften sich SchülerInnen nicht vom Religionsunterricht abmelden, bei einem Austritt aus einer Religionsgemeinschaft drohe unter Umständen der Rauswurf aus der Schule.

Kirche zahlt nur zwei Prozent des Caritas-Budgets

Wenig schmeichelhaft sind auch die Zahlen, die die Autoren zum sozialen Engagement der katholischen und der evangelischen Kirche erhoben haben. „Nur zwei Prozent des Caritas-Budgets kommt von der katholischen Kirche“, sagt Autor Carsten Frerk. „Mehr als zwei Drittel des Budgets kommt direkt von der öffentlichen Hand, den Rest machen Selbstbehalte und Spenden aus. Von einem kirchlichen Engagement in sozialen Einrichtungen kann also keine Rede sein. Das soll die Leistungen dieser Einrichtungen nicht schmälern – aber es ist eine Art von Missbrauch, wenn sie die Kirchen missbrauchen, um sich zu legitimieren. Und das passiert leider ständig.“ Auch kirchliche Sozialeinrichtungen außerhalb von Caritas und Diakonie würden nahezu ausschließlich aus Steuergeld finanziert, sagt Frerk.

Die Privilegien der Ordensspitäler

Das gleiche gelte für die konfessionellen Privatkrankenhäuser: „Sie werden hauptsächlich über die jeweiligen Landesfonds für Krankenanstalten finanziert. Darüber hinaus gelten ihnen die Bundesländer einen Großteil der Defizite ab.“ In Wien erhielten diese Privatspitäler etwa jährlich 50 Millionen Euro zusätzlich zu den Leistungsabgeltungen, in Oberösterreich würden de facto 100 Prozent der Defizite beglichen. Außerdem trage das Land Oberösterreich regelmäßig die gesamten Investitionskosten für Ordensspitäler.

Der Bereich Soziales und Gesundheit in religiöser Trägerschaft verursache laut den Autoren jährliche Kosten von beinahe 2,5 Milliarden Euro. Dazu kämen, neben den Ausgaben für Bildung, etliche Steuerbegünstigungen und großzügige Förderungen etwa für kirchlichen Denkmalschutz oder kirchliche Bibliotheken sowie die angeblichen NS-

Entschädigungszahlungen. „Die Beträge sind wesentlich größer als das, was vor allem die katholische Kirche offiziell zugibt“, sagt Frerk.

Musiol: Transparenz fehlt

Daniela Musiol, Verfassungs-, Demokratie- und Familiensprecherin der Grünen, zeigt sich über die Veröffentlichung dieses „mutigen Buches“ sehr erfreut. Sie hat mit einer Reihe von parlamentarischen Anfragen wesentlich dazu beigetragen, „Gottes Werk und unser Beitrag“ zu ermöglichen. Ziel der Anfragen war es, Licht auf die Geldflüsse zwischen Staat und Religionsgemeinschaften zu werfen und Informationen betreffend die zahlreichen Steuervorteile der Kirchen zu erhalten. „Dabei hat sich leider gezeigt, dass das politische Interesse an Transparenz in diesem Bereich enden wollend ist. Trotz der vermeintlichen Trennung von Kirche und Staat sind Religion und Republik nach wie vor eng verzahnt.“ Niemand wisse zum Beispiel, wie viel Geld sich die Religionsgemeinschaften durch Befreiung von der Grundsteuer ersparen: „In dieser Frage verweist das Finanzministerium auf die Gemeinden und umgekehrt. Die klassische Logik des Salzamtes.“

Auch habe sich gezeigt, dass gerade in kommunalen Budgets Zuwendungen an die Religionsgemeinschaften wesentlich von den politischen Mehrheitsverhältnissen abhängig seien. „Hinsichtlich der Förderwürdigkeit herrscht oft reine Willkür, und ob entsprechende Zahlungen im Haushalt auftauchen oder nicht, scheint häufig Glückssache zu sein.“ Diese feudalen, intransparenten Zustände seien eines Rechtsstaates unwürdig, argumentiert Musiol.

Wie gering das Interesse an Transparenz ist, haben auch die Autoren erfahren. „Wir hatten ziemliche Schwierigkeiten, aussagekräftige Zahlen zum Denkmalschutz zu bekommen. Ein Referent von der Statistik Austria wollte mir nicht einmal eine Auskunft geben, wie viele Gebäude im Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen“, schildert Carsten Frerk. Christoph Baumgarten hat bei seinen Recherchen in den Gemeindebudgets ähnliche Erfahrungen gemacht: „Offiziell gelten Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften. In den Budgets werden sie durchwegs als private Organisationen ohne Erwerbszweck geführt und oft genug mit anderen Vereinen in einen Topf geworfen.“

Alm: „Niemand kann mehr behaupten, es gebe keine Kirchenprivilegien“

Niko Alm vom Volksbegehren gegen Kirchenprivilegien sieht das Volksbegehren durch das Buch gerechtfertigt: „Nach ‚Gottes Werk und unser Beitrag‘ kann niemand mehr sagen, es gebe keine Kirchenprivilegien in diesem Land. Vor allem katholische Einrichtungen werden bevorzugt unterstützt, zum Nachteil vieler anderer Initiativen und des öffentlichen

Schulwesens.“ Er hofft auf eine breite gesellschaftliche Debatte: „80 Prozent des kirchlichen Apparats werden aus Steuermitteln finanziert. Dagegen ist die heimische Landwirtschaft ein Hort der reinen Marktwirtschaft. Von einer Trennung von Staat und Kirche kann bei uns also keine Rede sein. Das liegt jetzt endlich auf dem Tisch.“ Gegen diese Misstände könne man sich auf demokratische Art zur Wehr setzen, sagt Alm: „Bis Jahresende kann man auf allen Gemeindeämtern Unterstützungsunterschriften für das Volksbegehren leisten.“

Rückfragehinweis:

CZERNIN VERLAG
presse | veranstaltungen

vielseitig ||| kommunikation
valerie besl
neubaugasse 8/2/1
a 1070 wien
t: ++43 1 522 4459 10
m: ++43 664 8339266
valerie.besl@vielseitig.co.at
www.vielseitig.co.at
www.czernin-verlag.com

Zum Buch:

Carsten Frerk / Christoph Baumgarten
GOTTES WERK UND UNSER BEITRAG
Kirchenfinanzierung in Österreich

„Gottes Werk und unser Beitrag“ ist das erste Kompendium, das sich der Kirchenfinanzierung in Österreich systematisch widmet. Die beiden Autoren, ausgewiesene Spezialisten zum Thema, haben Informationen zusammengetragen und gebündelt. Zeitgleich zum Volksbegehren gegen Kirchenprivilegien in Österreich legen sie nun das Standardwerk mit vielen neuen Details und Zusammenhängen vor – für alle kritischen Leserinnen und Leser in Sachen Kirche und Staat.

Wie groß ist der Privatbesitz der Bischöfe? Ist die Kirche arm? Davon kann keine Rede sein, wie die Autoren umfassend klären. Sie hinterfragen und widerlegen aber auch einige Mythen, wie „zehn Prozent der Wiener Immobilien gehören der Kirche“. Netzwerke zwischen Kirche, Politik und Wirtschaft werden aufgedeckt.

Die Ergebnisse bergen überraschende Details: Wer noch nicht wusste, dass das Bundeskanzleramt ein Patronat des kaiserlichen Hauses Österreich weiter bedient, dem wird auch nicht bekannt sein, dass die Auslandsschule der Republik Österreich in Istanbul in der Hand von missionierenden Ordensgemeinschaften ist und dass es sich bei der gelebten Nächstenliebe um eine Caritas-Legende handelt.

Es ist ein Werk entstanden, das es bisher in Österreich nicht gegeben hat, ein wahrer Paukenschlag an Information und Erkenntnis.

Carsten Frerk, geboren 1945, lebt in Berlin als freier Autor, Journalist und Texter. Seit 2006 Chefredakteur des Humanistischen Pressedienstes. Zahlreiche Publikationen, u.a. des deutschen Pendant zu "Gottes Werk und unser Beitrag": "Violettbuch Kirchenfinanzen – Wie der Staat die Kirchen finanziert."

Christoph Baumgarten, geboren 1979, lebt in Wien. Seit 2008 Journalist. Baumgarten ist Aktivist des Volksbegehrens gegen Kirchenprivilegien.

www.kirchen-privilegien.at

Technische Daten:

284 Seiten, EUR 24,90, ISBN: 978-3-7076-0430-6

Czernin Verlag, September 2012

www.czernin-verlag.com